

Andreas Schulz

Das Kaiserreich wird abgewählt

Wahlen in den schwarzburgischen Fürstentümern 1867-1918 und Deutschlands beginnende Demokratisierung



Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen

Kleine Reihe Band 61

böhlau



Veröffentlichungen der
Historischen Kommission für Thüringen

Kleine Reihe

Band 61

Zugleich:

Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Schwarzburg,
Gleichen und Hohenlohe in Thüringen

Band 16

Andreas Schulz

Das Kaiserreich wird abgewählt

Wahlen in den schwarzburgischen Fürstentümern 1867–1918
und Deutschlands beginnende Demokratisierung

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN

Gedruckt mit Unterstützung der Thüringer Staatskanzlei und des
Historischen Vereins für Schwarzburg, Gleichen und Hohenlohe in Thüringen e. V.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2022 Böhlau, Lindenstraße 14, D-50674 Köln, ein Imprint der
Brill Deutschland GmbH
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland;
Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill
Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, Verlag
Antike und V&R unipress

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen
bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Stadtarchiv Saalfeld, Bestand Saalfelder Volksblatt,
Jahrgang 1911, 12. 11. 1911.

Korrekturat: Kornelia Trinkaus, Meerbusch

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-412-52303-9

Inhalt

	Vorwort	9
1	Einleitung.....	11
2	Wahlkreiseinteilung.....	25
3	Rahmenbedingungen.....	35
	3.1 Föderalismus.....	35
	3.1.1 Föderalismus und Bundesrat.....	35
	3.1.2 Einfluss des Föderalismus auf das Wahlverhalten.....	38
	3.2 Präsidialismus.....	39
	3.2.1 Entstehung des präsidentiellen Regierungssystems in Deutschland.....	39
	3.2.2 Einfluss des Präsidialismus auf das Wahlverhalten.....	42
	3.3 Absolute Mehrheitswahl.....	48
	3.3.1 Funktionsweise der absoluten Mehrheitswahl.....	48
	3.3.2 Der Links-Rechts-Gegensatz.....	51
	3.3.3 Die Teilung Deutschlands an der Wahlurne.....	59
	3.3.4 Das Demokratisierungsmodell Dankwart Rüstows.....	70
	3.4 Kleinstaatlichkeit.....	85
	3.4.1 Definition des Kleinstaats.....	87
	3.4.2 Politische Entwicklung von Kleinstaaten.....	91
	3.4.2.1 Politische Entwicklung unabhängiger Kleinstaaten.....	91
	3.4.2.2 Politische Entwicklung deutscher Kleinstaaten.....	93
	3.5 Zusammenfassung.....	97
4	Wahlfreiheit.....	99
	4.1 Einmütiges Wählen – gestern und heute.....	99
	4.2 Wahlprüfungen.....	104
	4.2.1 Wahlprüfungen im Landtag von Schwarzburg- Rudolstadt 1848–1870.....	104
	4.2.2 Wahlprüfungen im Landtag von Schwarzburg- Rudolstadt 1871–1917.....	107

4.2.3	Wahlprüfungen im Landtag von Reuß jüngerer Linie 1871–1913.....	124
4.2.4	Reichstagswahlprüfungen zu Schwarzburg-Rudolstadt ...	141
4.2.5	Reichstagswahlprüfungen zu Schwarzburg-Sondershausen.....	163
4.3	Wahlprüfungen in der Gegenwart.....	170
4.4	Staatliche Repressionen in den schwarzburgischen Fürstentümern.....	175
4.5	Zusammenfassung.....	194
5	Reichstagswahlen.....	197
5.1	Schwarzburg-Rudolstadt.....	197
5.1.1	Das Kandidatenangebot.....	197
5.1.1.1	(Links-)Liberale.....	197
5.1.1.2	Freikonservative und Nationalliberale.....	204
5.1.1.3	Sozialdemokraten.....	210
5.1.2	Wahlergebnisse.....	210
5.1.2.1	Im Norddeutschen Bund.....	210
5.1.2.2	Entwicklung im Wahlkreis.....	212
5.1.2.3	Rudolstadt und Landtagswahlkreise I und II.....	214
5.1.2.4	Landtagswahlkreise III bis V.....	217
5.1.2.5	Landtagswahlkreise VI bis IX.....	221
5.1.2.6	Landtagswahlkreise X bis XII.....	225
5.2	Schwarzburg-Sondershausen.....	229
5.2.1	Im Norddeutschen Bund.....	229
5.2.2	Das Kandidatenangebot.....	233
5.2.2.1	Liberale und Konservative.....	233
5.2.2.2	Sozialdemokraten.....	245
5.2.3	Wahlergebnisse.....	249
5.2.3.1	Entwicklung im Wahlkreis und Einteilung der Studienwahlkreise.....	249
5.2.3.2	Studienwahlkreise I bis III.....	251
5.2.3.3	Studienwahlkreise IV bis VI.....	255
5.2.3.4	Studienwahlkreise VII bis IX.....	259
5.2.3.5	Studienwahlkreise X und XI.....	262
5.3	Entwicklung der Reichstagswahlkämpfe in Thüringen.....	265
5.4	Zusammenfassung.....	274
6	Landtagswahlkämpfe in Schwarzburg-Rudolstadt.....	279
6.1	Landtagswahl 1871.....	279
6.2	Landtagswahl 1874.....	282
6.3	Landtagswahlen 1877–1887.....	290

6.4	Verlust und Rückeroberung des sozialdemokratischen Mandats.....	294
6.5	Nachwahlen 1889.....	302
6.6	Landtagswahl 1890.....	305
6.7	Landtagswahl 1893.....	310
6.8	Nachwahlen 1894.....	316
6.9	Landtagswahl 1896.....	317
6.10	Landtagswahl 1899.....	326
6.11	Nachwahlen 1900/01.....	332
6.12	Landtagswahl 1902.....	335
6.13	Nachwahlen 1902–1904.....	339
6.14	Landtagswahl 1905.....	342
6.15	Landtagswahl 1906.....	351
6.16	Landtagswahl 1908.....	363
6.17	Landtagswahl 1911.....	368
6.18	Landtagswahl 1912.....	378
6.19	Nachwahlen 1914–1917.....	386
6.20	Zusammenfassung.....	388
7	Landtagswahlverhalten im Kaiserreich.....	393
7.1	Entwicklung in Baden bis 1903.....	398
7.2	Entwicklung in Württemberg bis 1903.....	402
7.3	Entwicklung in verschiedenen Bundesstaaten 1903–1913.....	406
7.4	Entwicklung in Schwarzburg-Rudolstadt.....	412
7.5	Zusammenfassung.....	418
8	Das sozialdemokratische Landtagspräsidium	421
8.1	Bestellung der Landtagsausschüsse und -präsidien.....	422
8.1.1	Sachsen-Meiningen.....	422
8.1.2	Sachsen-Gotha.....	427
8.1.3	Schwarzburg-Rudolstadt.....	430
8.2	Potenziale und Auswirkungen der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit.....	438
9	Zusammenfassung.....	449
Anhang		
10	Abkürzungsverzeichnis.....	457
11	Tabellen, Diagramme und Karten.....	459
11.1	Verzeichnis der Tabellen und Diagramme.....	461
11.2	Tabellen.....	466

11.3	Diagramme.....	505
11.4	Karten.....	515
12	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	525
12.1	Archivalische Quellen.....	525
12.2	Gedruckte Quellen.....	525
12.3	Literatur.....	529
12.4	Internetquellen.....	556
13	Register.....	559
13.1	Personenregister.....	559
13.2	Ortsregister.....	569

Vorwort

Die vorliegende Studie wurde im Sommersemester 2019 von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena als Dissertationsschrift angenommen. Für die Publikation wurde sie, insbesondere das Kapitel „Rahmenbedingungen“, nochmals durchgesehen und überarbeitet.

Zu danken habe ich an dieser Stelle PD Dr. phil. habil. Stefan Gerber und Prof. Dr. Werner Greiling, die meine Untersuchung als Erst- bzw. Zweitgutachter betreuten. Finanzielle Unterstützung erhielt ich während der Arbeit durch ein Stipendium des Thüringer Landtags sowie meine Eltern, die Drucklegung ermöglichten finanziell wie durch die Aufnahme in ihre entsprechenden Reihen die Historische Kommission für Thüringen sowie der Historische Verein für Schwarzburg, Gleichen und Hohenlohe in Thüringen e. V. Ihnen allen gebührt an dieser Stelle mein Dank.

Ein weiterer Dank gilt den Mitarbeitern der von mir benutzten Archive, insbesondere jenen des Staatsarchivs Rudolstadt, die für die Bereitstellung der von mir verwandten Unterlagen einen regelrechten Marathonlauf durch die Magazinräume der Heidecksburg absolvieren mussten.

Auf das Verfassen einer Schrift folgt die Kontrolle ihrer Orthographie. Sie wurde für die Dissertation von Dr. Julia Beez und meinem Vater übernommen, für diese Druckfassung von Dr. Philipp Walter; auch ihnen gebührt für diese Mühe mein Dank.

Nicht unerwähnt bleiben soll schließlich der 1984 verstorbene, bedeutende Archivar und thüringische Landeshistoriker Ulrich Heß. Seine Arbeiten halfen mir nicht nur durch ihren Detailreichtum, sondern auch, in einer Zeit, da Forschungsstand und Datenlage immer weiter auseinanderklaffen, einen Blick für Epochengrenzen trotzende Kontinuitäten zu entwickeln.

Ich wünsche viel Freude beim Lesen und schließe mit dem Grundsatz einer fränkischen Kommilitonin, dass man aus dem Zweifel die Welt erschafft.

Andreas Schulz
Spröttau, im Herbst 2021

1 Einleitung

Nochmals Schwarzburg am Scheidewege.

*Auf, auf, zum heutigen Wählen!
Es ist schon an der Zeit.
Von uns soll keiner heut' fehlen,
Wenn stebet die Urne bereit.
Kein Fauler bleibe heut' liegen,
Zum Wählen sei niemand zu träg'.
Wir kommen, wir eilen, wir fliegen,
Steht Schwarzburg am Scheideweg!*

*Dort 'Rot', ohne Kirchen, ohne Fürsten,
Hier Glaube, hier Ordnungspartei.
Nach Umsturz dort brennendes Dürsten;
Hier nähren in Frieden und Treu.
Das sind heut' die beiden Pfade
Für die Wähler; die Fähnlein dort weh'n,
Ja, Schwarzburg, du siehst ihn, ganz gerade,
Den Weg, den du heute mußt geh'n.¹*

Es waren martialische Worte, mit denen ein Wahlkämpfer mit dem Pseudonym K.....g seine Mitbürger im Sommer 1912 zur Wahlteilnahme aufrief. Ob sich auch jemand fand, der sie sang, ist nicht überliefert, wohl aber, dass K.....g den Chor nicht eröffnet hatte, denn das Motto *Schwarzburg-Rudolstadt am Scheidewege!* war ursprünglich auf einem sozialdemokratischen Flugblatt verbreitet worden.²

Die Dramatik, mit der beide Seiten in den Wahlkampf zogen, war berechtigt, obgleich es sich um eine Landtagswahl in einem der kleinsten Fürstentümer des Deutschen Reiches handelte. Doch hier, in Schwarzburg-Rudolstadt, war ein halbes Jahr zuvor das Unerdenkliche geschehen: Am 10.11.1911 hatten die Sozialdemokraten mit neun von sechzehn Mandaten erstmals die Sitzmehrheit in einem deutschen Landesparlament errungen. Das war der vorläufige Höhepunkt einer einmaligen Parlamentsgeschichte: Bereits am 8.1.1816 war in Schwarzburg-Rudolstadt die erste Verfassung eines Mitgliedsstaates des Deutschen Bundes unterzeichnet, wenn auch erst fünf Jahre später zur Vollverfassung erweitert worden. 1871 entsandte Frankenhausen erstmals in Deutschland einen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, nachdem im Vorjahr – mit Ausnahme von vier den Höchstbesteuerten zugestanden Mandaten – das Reichstags-

1 Landeszeitung vom 7.6.1912.

2 Vgl. Landeszeitung vom 14.5.1912.

wahlrecht³ für das Landesparlament eingeführt worden war.⁴ Und schließlich folgte auf den Wahlsieg von 1911 die Wahl Franz Winters zum Landtagspräsidenten⁵ – das bedeutete nichts Geringeres, als dass nicht nur erstmals in Deutschland und Europa, sondern überhaupt außerhalb Australiens⁶ ein Sozialdemokrat in das höchste auf demokratischem Wege zu erlangende Amt⁷ gelangt war. Schwarzburg-Rudolstadt war zum „roten Fürstentum“ geworden – obwohl es nur anderthalb Jahrzehnte zuvor noch als „Klein-Rußland“ titulierte worden und die Organisation einer sozialdemokratischen Partei bis 1908 gar verboten war.⁸

Mit dieser Parlamentsbiographie haben sich die Schwarzburg-Rudolstädter nicht nur für die thüringische Landes-, sondern auch für allgemeine Geschichtsschreibung zum Kaiserreich einen bedeutenden Platz erwählt, denn nirgendwo sonst ist das 1867/71 geschaffene politische System Deutschlands stärker herausgefordert worden als am Fuße des Kyffhäusers und in den Tälern von Schwarz und Saale. Erstere hat diese Bedeutung durchaus gewürdigt, und zwar nicht nur nach, sondern auch schon vor der Wende: Bis 1972 veröffentlichte Ulrich Heß in den Rudolstädter Heimatheften neben einem Artikel über „Arthur Hofmann und de[n] Kampf der Sozialdemokratie um den Reichstagswahlkreis Schwarzburg-Rudolstadt 1871–1912“⁹ und einem über das sozialistische Pressewesen in Thüringen¹⁰ auch „[e]in[e]n Beitrag zur bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteienpolitik“ im „Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt 1871–1919“.¹¹ Das war nicht selbstverständlich,¹² ebenso wie das Interesse, welches der politischen Entwicklung des Fürstentums nach 1990 zukam: Jochen Lengemann widmete ihm den ersten Band seiner Biographien Thüringer Parlama-

3 Der Reichstag des Norddeutschen Bundes respektive des Deutschen Reiches wurde nach dem liberalen Verständnis der Zeit in allgemeiner, geheimer und direkter, absoluter Mehrheitswahl gewählt, wobei pro Wahlkreis ein Abgeordneter entsandt wurde. Erlangte kein Kandidat mehr als die Hälfte der Stimmen, fand eine Stichwahl zwischen den beiden erfolgreichsten Bewerbern statt. Vgl. KROLL, *Geburt der Moderne*, S. 35 f.

4 Zum Ablauf und den Bedingungen der Wahlrechtsreform in Schwarzburg-Rudolstadt vgl. WYRWOL, *Parteipolitische Entwicklung*, S. 250 f., 273–275, 284–286.

5 LENGEMANN, *Landtag Schwarzburg-Rudolstadt*, S. 26 f., 36, 39 f. Zufälligerweise unterzeichnete Friedrich Ebert sogar noch die Verfassung der Weimarer Republik auf der im Fürstentum gelegenen Schwarzburg. Vgl. HÜBNER, *Ebert in Schwarzburg*, S. 50–59.

6 Auf dem Fünften Kontinent stellte Labour erstmals um die Jahrhundertwende Premierminister. Vgl. VOIGT, *Australien und Ozeanien*, S. 194.

7 Das Landtagspräsidium in Schwarzburg-Rudolstadt wurde seit 1870 nicht mehr vom Fürsten auf Vorschlag des Parlaments, sondern von dessen Mitgliedern selbst bestimmt. Vgl. LENGEMANN, *Rudolstadt und der Schwarzburg-Rudolstädtische Landtag*, S. 196 f.

8 MAREK, *Rotes Fürstentum*, S. 15–24, 39.

9 HESS, *Arthur Hofmann*, S. 169–177, 220–235.

10 DERS., *Sozialistische Presse in Thüringen*; DERS., *Sozialdemokratische Presse in Thüringen*.

11 DERS., *Landtag Schwarzburg-Rudolstadt*.

12 Vgl. zur zeitgleichen Situation in Sachsen RETALLACK, *Politische Kultur*, S. 23.

rier und die Historische Kommission für Thüringen den ersten Band ihrer Großen Reihe,¹³ Hans Herz erarbeitete eine Quellenpublikation zu den ständischen Landtagen Schwarzburg-Rudolstadt in der Frühen Neuzeit¹⁴ und das Staatsarchiv Rudolstadt veröffentlichte – im Bewusstsein der Außergewöhnlichkeit dieses Vorgangs! – die staatlichen Überwachungsprotokolle der sozialdemokratischen Parteitage des Fürstentums.¹⁵ Innerhalb der den Fokus in erster Linie auf die wettinischen Territorien legenden thüringischen Landesgeschichtsforschung ist das durchaus ein Ehrenplatz.

Umso auffälliger ist das Fehlen Schwarzburg-Rudolstadt im Bewusstsein der allgemeinen Kaiserreichsforschung, insbesondere der Historischen Wahlforschung. Die Ursache dürfte nicht nur in der scheinbaren Bedeutungslosigkeit eines kleinen Fürstentums liegen, sondern mindestens ebenso entscheidend die „Bonn-darf-nicht-Weimar-sein“-Mentalität¹⁶ der westdeutschen Historiker und Kriegsüberlebenden während der ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik gewesen sein. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in Hans-Ulrich Wehlers Interpretation eines deutschen Sonderwegs, welche das Kaiserreich wie die Weimarer Republik mit so viel Exotik der Abnormalität umgab, dass eine Rückkehr und Wiederholung der damaligen Verhältnisse ins traute Heim der als weitgehend „normal“ betrachteten Bundesrepublik ausgeschlossen schien.¹⁷ Damit einher ging eine Glorifizierung dessen, was in der Vergangenheit bereits an die Gegenwart erinnerte, wodurch eine „fast teleologische Interpretation einer Machtverfestigung des deutschen nationalen Parlaments“¹⁸ Raum greifen konnte.

Diese Mentalität blieb nicht unwidersprochen, zum einen von Ausländern, die relativ problemlos auf die Normalität Deutschlands im 19. und frühen 20. Jahrhundert verweisen konnten und ihrerseits die eigene Geschichte nicht auf einen von westdeutschen Historikern postulierten Idealweg reduziert sehen wollten.¹⁹ Zum anderen kam sie von Deutschen, die zumindest zeitweise ins Ausland gegangen waren. Nichts symbolisiert diesen Umstand besser als der junge und der alte Thomas Nipperdey: Ersterer hatte seine Habilitation über die Organisation der deutschen Parteien im Kaiserreich noch selbstverständlich in einem Kapitel über das Scheitern der Weimarer Republik zusammengefasst,²⁰

13 LENGEMANN, Landtag Schwarzburg-Rudolstadt.

14 HERZ, Land- und Ausschusstage in Schwarzburg-Rudolstadt.

15 Vgl. MAREK, Rotes Fürstentum, S. 11.

16 Auf den Punkt brachte diese Mentalität der in der Bundesrepublik lebende Schweizer Fritz René ALLEMANN mit seinem Buch, Bonn ist nicht Weimar.

17 Am Prägnantesten ist diese Sichtweise der Sonderwegsthese dargelegt in: WEHLER, Das deutsche Kaiserreich.

18 DEMUTH, Wieviel Macht haben Parlamente?, S. 218.

19 Allen voran BLACKBOURN/ELEY, Peculiarities. Allgemein zum gegenseitigen Verhältnis zwischen (west-)deutscher und britischer Geschichtsschreibung vgl. EVANS, Britische Historiker.

20 NIPPERDEY, Organisation, S. 393–406.

Letzterer zog in einer dreibändigen Arbeit über die deutsche Geschichte von 1800 bis 1918 einen scharfen Schnitt mit dem Untergang des Kaiserreiches und weigerte sich, angesichts der Vielfalt des menschlichen Lebens überhaupt noch Kontinuitäten zu entdecken und Kategorisierungen vorzunehmen.²¹

Während diese Perspektivlosigkeit für den alten Nipperdey eine Erlösung gewesen sein mochte, war sie für eine junge Historikergeneration eine Katastrophe: Wer den Zweiten Weltkrieg nicht selbst miterlebt hatte, für den verlor auch die manische Heiligung der Nachkriegsordnung ihren Sinn und hinterließ nichts als einen Scherbenhaufen, auf dem das Fundament der eigenen Zukunft aufgebaut werden sollte. Der Aufschrei gegen diese Verhältnisse kam im Bereich der Historischen Wahlforschung um 1990 von Thomas Kühne. Er kritisierte, dass die von den Granden der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung bis dahin entworfenen Kaiserreichsbilder nur vorschnelle Verallgemeinerungen seien, bei denen die (partei-)politischen Verhältnisse einer untersuchten Region allzu häufig einfach auf das Reich als Ganzes projiziert worden seien. Auch waren nicht nur damals moderne wissenschaftliche Strömungen aus anderen Disziplinen zwei Jahrzehnte lang völlig verschlafen worden, mit den Landtagswahlen war ein kompletter Bereich der Historischen Wahlforschung unbearbeitet, obwohl ihnen aufgrund anders gearteter Wahlrechte das Potenzial innewohnte, andere Forschungsergebnisse als die Reichstagswahlen zu erbringen. Eine Erneuerung war dringend geboten.²²

Der erhoffte Befreiungsschlag schien wenige Jahre später gekommen, und zwar in Form von Margaret Lavinia Andersons „Lehrjahre[n] der Demokratie“.²³ Allein, auf die Rezeption dieser umfangreichen Arbeit folgte kein Aufbruch, sondern Stagnation. „Worüber sollen wir denn streiten,“ fragte Roger Chickering 2011 in einem Rückblick auf das Ergebnis von sechseinhalb Jahrzehnten westdeutscher Kaiserreichsforschung und ihren Resultaten. „Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, dass das Schlachtfeld ruhig bleibt. [...] War das Kaiserreich durch Dynamik oder Stillstand charakterisiert? Die Antwort lautet: Ja.“²⁴

Dass Andersons Arbeit keinen Aufbruch gebar, verwundert wenig, wenn man bedenkt, in welche Richtung sich die Historische Wahlforschung seit Kühnes Appell aus den 90er Jahren entwickelt hat. Schien zunächst der Keim gelegt zu sein, die bisherige, eher parteienorientierte Wahlforschung um eine an kulturhistorischen Erkenntnissen orientierte Wahlkampfgeschichtsforschung im wei-

21 DERS., *Machtstaat*, S. 905.

22 KÜHNE, *Historische Wahlforschung*, S. 39–68, bes. S. 39–41; DERS., *Entwicklungstendenzen*, S. 131.

23 ANDERSON, *Lehrjahre*. Weniger einflussreich wurde die Dissertation Robert Arsencheks, der sich ebenfalls umfassend mit den kaiserzeitlichen Wahlprüfungen und der damit verbundenen Frage nach der Freiheit der Wahl befasste. Vgl. ARSENCHKEK, *Wahlfreiheit*.

24 CHICKERING, *Dynamik und Stillstand*, S. 73.

testen Sinne zu erweitern, geriet sie schließlich in den Strom einer sich entwickelnden „Sonderzustandsthesen“. ²⁵ Diese unterscheidet sich im Grunde wenig von der früheren Sonderwegsthesen, obgleich ihre Anhänger energisch gegen Letztere anschreiben. Im Kern geht die „Sonderzustandsthesen“ für die Wahlforschung davon aus, dass sich die politischen Urnengänge des 19. Jahrhunderts aufgrund zu vieler noch wirksamer traditioneller Überhänge aus der Frühen Neuzeit in einem „Sonderzustand“ gegenüber denen des 20. Jahrhunderts befunden hätten, weshalb sich ein Vergleich zwischen den Wahlen beider Säculorum verbiete. ²⁶ Freilich konnte schon die Sonderwegsthesen nur bestehen, weil ihre Anhänger einen Normalweg postulierten und den Blick auf vermeintliche Unterschiede des deutschen Geschichtsverlaufs gegenüber dem der westeuropäischen Zentralstaaten verengten. ²⁷ Analog gehen auch die Vertreter der „Sonderzustandsthesen“ von einem Vorrat „an aktuellen normativen westlichen Standards“ aus, selbstverständlich ohne zu fragen, inwieweit die heutige Wahlforschung überhaupt das Vorhandensein dieser Normen in der Praxis annimmt. Den Einblick in deren Ergebnisse verbieten sich die Vertreter der „Sonderzustandsthesen“ selbst, indem sie politikwissenschaftliche Wahlforschung pro forma als altertümliche Wahlergebnisuntersucherei abtun. ²⁸ Dadurch werden aber nur die Fehler der Vorgänger wiederholt, denn erneut werden aus benachbarten Disziplinen stammende Erkenntnisse nicht rezipiert und daher auch die dahinter stehenden Modelle weder verstanden noch angewandt.

Welchen Nutzen es haben kann, lieber einen Blick ins Licht denn auf neue Scheuklappen zu werfen, zeigte Jonathan Sperber 1997, als er unter Anwendung von Erkenntnissen über Wechselwähler Mario Rainer Lepsius' Milieuthesen ²⁹ wi-

25 Helmut Walser Smith spricht von einem vor allem von US-Historikern vertretenen „Anti-Sonderwegs-Konsens“, der in Tradition von FERGUSON, War, stünde. Dieser Tradition wirft er vor, den Blick für die Kontinuitätslinien zwischen dem 19. und dem 20. Jahrhundert zu verlieren. Vgl. SMITH, Sonderweg-Debatte, S. 31–50, bes. S. 35.

26 Im Falle Schwarzburg-Rudolstadt dürfte eine solche frühneuzeitliche Tradition kaum bestanden haben, da es hier nach dem ersten Viertel des 18. Jahrhunderts keine Landtage mehr gab, im benachbarten Schwarzburg-Sondershausen sogar seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr. Grund dafür waren Streitigkeiten mit den Albertinern über die Frage, inwieweit die beiden Fürstentümer aufgrund der Lehnsabhängigkeit von Sachsen in einigen Landesteilen einen Reichsstand oder doch nur einen sächsischen Landstand darstellten. Während Sondershausen und Arnstadt sich entschlossen, Dresden in keiner Weise zu provozieren, berief Rudolstadt, zur Bewältigung des Dreißigjährigen Krieges zwar Ständeversammlungen ein, diese umfassten allerdings nicht die von der Lehensfrage betroffenen Gebiete. Vgl. HERZ, Ständische Land- und Ausschufstage, S. 23–25, 62.

27 WINKLER, Der lange Weg, S. 640.

28 Vgl. zu dieser Forschungsrichtung RICHTER, Moderne Wahlen, S. 21–30, Zitat S. 22.

29 Lepsius ging davon aus, dass die deutschen Parteien soziokulturellen Milieus erwachsen, diesen trotz innerer Verwerfungen und Veränderungen im Zeitablauf verbunden blieben und infolge daraus erwachsener Kooperationsunfähigkeit eine politisch-moralische Fortentwicklung verhinderten. Vgl. LEPSIUS, Parteiensystem und Sozialstruktur, S. 47–49.

derlegte und davon auch Thomas Kühne überzeugte.³⁰ Angesichts des Ausmaßes, in dem Lepsius' Ansichten in der Forschung Anwendung finden,³¹ darf man durchaus die Frage stellen, ob Sperbers Erkenntnisse im Falle einer Rezeption nicht mindestens ebenso revolutionär für die historische Wahlforschung Deutschlands gewesen wären wie Andersons Lehrjahre der Demokratie. Stattdessen blieb Kühne einzig, seinen 2005 erneuerten Appell mit mehr als einem lauen Hauch von Resignation zu versehen:

„Die Partei- und Wahlhistorie ist aufgefordert, diese unterschiedlichen, rivalisierenden Politikformen integrierend zu untersuchen, nicht im Sinne eines pluralen und harmonischen Nebeneinanders, sondern im Hinblick darauf, wie sie wann und wo ineinander und gegeneinander wirkten. Neue ‚große Erzählungen‘ können dabei kaum entstehen. Demokratisierungs- und Politisierungsprozesse im Kaiserreich hatten kein Ziel. Sie transportierten Ambivalenzen und erzeugten Spannungen und Unsicherheiten. Sie zu ertragen fiel den Zeitgenossen schwer. Historiker sollten dazu in der Lage sein.“³²

Führten die Abzweigungen auf Schwarzburgs Scheideweg also ins Nichts? Oder kämpften K.....g und die Sozialdemokraten um die Einfahrt in einen ewigen Kreisverkehr? Anders als die vom späten 20. und frühen 21. Jahrhundert aus auf das Kaiserreich blickenden Historiker scheinen sich die Zeitgenossen des Sommers 1912 durchaus vor einem qualitativen Wendepunkt ihrer Geschichte gefühlt zu haben. Es scheint an der Zeit, den Landtagswahlen Schwarzburg-Rudolstadts ihren über ein Jahrhundert lang vergessenen Platz in der deutschen Wahlforschung zurückzugeben.

Freilich kann dies nicht ohne Rückgriff auf Erkenntnisse der heutigen politikwissenschaftlichen Wahlforschung erfolgen, und hier ergibt sich rasch ein Problem: Offensichtlich besteht zwischen Land- und Bundestagswahlen ein Abhängigkeitsverhältnis,³³ sodass es frevelhaft wäre, die Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt ohne die Reichstagswahlen zu betrachten. Hier bildete das Fürstentum aber nur einen einzigen Wahlkreis, weshalb Lücken in der Über-

30 SPERBER, *The Kaiser's voters*, S. 284; KÜHNE, *Demokratisierung und Parlamentarisierung*, S. 306 f. Darauf, dass der Milieubegriff nur unter recht speziellen Konstellationen anwendbar ist, hatte schon Weichlein 1995 hingewiesen, aber weiterhin an dem Konzept festgehalten. Vgl. WEICHLIN, *Wahlkämpfe*, S. 69–88, bes. S. 76–81.

31 Das gilt vor allem für Arbeiten zu Thüringen. Die noch immer aktuelle Situation findet sich bei HAHN, *Sozialmilieus*, S. 385–396, bes. S. 385 f. Die von Hahn besprochenen Arbeiten sind RASSLOFF, *Flucht und SCHMIDT, Begrenzte Spielräume. Der Befund gilt auch für die Erforschung der Sozialisten*, vgl. KACHEL, *Sonderweg*, S. 27–31.

32 KÜHNE, *Demokratisierung und Parlamentarisierung*, S. 316.

33 Zum Forschungsstand über das Verhältnis zwischen Bundes- und Landtagswahlen, auch unter Einbeziehung außerhalb Deutschlands entwickelter Modelle vgl. VÖLKL, *Landtagswahlen oder Bundestagswahlen*, S. 24–56.

lieferung kaum ausgeglichen werden können. Aus diesem Grund wurde mit Schwarzburg-Sondershausen ein weiterer Reichstagswahlkreis in die Untersuchung aufgenommen, der sich nicht nur durch seine enge geographische Nähe zu Schwarzburg-Rudolstadt auszeichnet, sondern auch mit einem besonderen Pfund aufwarten kann: Durch das Wirken des Arnstädter Reichsvereins wurde hier in den 1870er und 1880er Jahren die Kandidatensuche in außergewöhnlich hohem Maße in die Öffentlichkeit getragen und von der Presse begleitet. Das ermöglicht es, gerade für eine in dieser Hinsicht vergleichsweise quellenarme Zeit die Ursachen für die Nominierung eines Bewerbers und die dahinter stehende Diskussion über die politische Ausrichtung der Parteien besser zu verstehen. Auf der anderen Seite stellt Schwarzburg-Sondershausen in mancher Hinsicht geradezu den Gegenpol zu Schwarzburg-Rudolstadt dar, da es nicht nur als einer von lediglich zwei einzelstaatlichen Wahlkreisen in Thüringen nie einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten entsandte,³⁴ sondern vor allem eines der rückständigsten Wahlrechte und -systeme des Kaiserreiches aufwies.³⁵

Letzteres macht die Landtagswahlen in Schwarzburg-Sondershausen für die vorliegende Untersuchung irrelevant. Das mag angesichts von Kühnes Hinweis, dass die Landtagswahlen gerade aufgrund ihres abweichenden Wahlrechts neue Erkenntnisse bringen könnten, verwundern. Doch Kühne benutzte diesen Aspekt vor allem, um im Sinne der Sonderzustandstheorie einen Übergang von der Tradition der Frühen Neuzeit zur Moderne zu konstruieren.³⁶ Damit sind mit seinem Ansatz zwei wesentliche Probleme verbunden: Zum einen fanden in der Frühen Neuzeit fast ausschließlich Kommunalwahlen statt; Kommunalwahlen unterscheiden sich aber auch heute noch wesentlich von anderen Urnengängen.³⁷ Solange die frühneuzeitlichen Wahlen nicht daraufhin untersucht werden, welche ihrer Merkmale lediglich ihrem Charakter als Kommunalwahlen entsprangen, kann auch nicht entschieden werden, was an ihnen tatsächlich zeitspezifisch war und damit als Tradition betrachtet werden kann.³⁸

34 Insofern glichen die schwarzburgischen Fürstentümer dem Herzogtum Sachsen-Meiningen, wo Sonneberg-Saalfeld eine sozialdemokratische Hochburg und Meinigen-Hildburghausen den zweiten Wahlkreis der thüringischen Einzelstaaten bildete, in denen sich die SPD nie durchsetzen konnte. In Sachsen-Coburg und Eisenach-Dermbach gelang ihnen dies immerhin bei Nachwahlen 1909 und 1910. Vgl. zu den Wahlergebnissen in den thüringischen Einzelstaaten seit 1890 REIBEL, Handbuch der Reichstagswahlen, 2. Halbbd. S. 1379–1396, 1426–1445, 1456–1461, 1467–1473.

35 Von den 15 Landtagsmitgliedern wurden fünf vom Fürsten auf Lebenszeit ernannt, fünf von den Höchstbesteuerten direkt und fünf von den übrigen Wahlberechtigten indirekt gewählt; 1904 wurden alle drei Kategorien um ein Landtagsmitglied erhöht. Vgl. LENGEMANN, Landtag Schwarzburg-Sondershausen, S. 32 f., 275 f.

36 KÜHNE, Dreiklassenwahlrecht, S. 26–38.

37 Vgl. zu den Spezifika heutiger Kommunalpolitik, insbesondere zu ihrem Verhältnis zu Parteien NASSMACHER/NASSMACHER, Kommunalpolitik, S. 25–30.

Zum anderen steht unser Untersuchungszeitraum zwar tatsächlich an einer Epochenschwelle, aber das ist jene zum „Zeitalter des Narzissmus“³⁹; so bezeichnen Psychologen jenen Abschnitt der Geschichte, für den Historiker die wenig markanten Ausdrücke „Moderne“ und „Postmoderne“ gebrauchen. Der Kulturwissenschaftler Warren Susman beschreibt die damit verbundene Entwicklung als Übergang von einer Charakter- zu einer Persönlichkeitskultur, als deren persönlichkeitspsychologische Grundlage Susan Cain die zunehmende gesellschaftliche Verachtung der Eigenschaften introvertierter Menschen betrachtet, wohingegen das Verhalten extravertierter Personen immer mehr als „normal“ angesehen wird.⁴⁰ Das bedeutet nun nicht, dass extravertiertes oder narzisstisches Verhalten vor dem 20. Jahrhundert keine Rolle gespielt hätten (eine neue Sonderzustandstheese aufzustellen, ist also nicht nötig); der Wiener Hofgesellschaft stieß es Mitte des 18. Jahrhunderts durchaus auf, dass sich der introvertierte Kaiser Franz I. Stephan so offen ihrem Narzissmus widersetze.⁴¹ Doch hat man eine Introversion nicht grundsätzlich verachtet. Noch August Bebel konnte ein Bad in der Menge verwehren, ohne deshalb an Popularität zu verlieren.⁴² Max Weber hingegen musste im Ersten Weltkrieg erst wieder Schauspieler werden, um überhaupt Gehör – dann allerdings, wie Bebel, intensives – zu finden.⁴³ Die an Kühnes Aufruf anknüpfende Historische Wahlkulturforschung lobpreist diese Entwicklung nun in einem besonders unkritischen Maße

38 Das heißt nicht, dass Kühnes Konzept nicht für eine Geschichte der Politiker fruchtbar ist; beispielsweise ist es ein typisch zeitspezifisches Merkmal von Wahlkultur, wenn die oppositionellen deutschen Linken – also sowohl Liberale als auch (Sozial-)Demokraten – zwischen dem Scheitern der 48er Revolution und der Reichsgründung versuchten, die von ihnen jeweils angestrebte Gesellschaft in Vereinen, Festen und Parteiarbeit noch vor einer Machtübernahme einzuüben. Vgl. HERTLING, Politische Bürgerlichkeit, S. 156; WELSKOPP, Idealer Gesamtverein, S. 93–96. Das bedeutet aber nicht, dass solche Überlegungen auch Einfluss auf die übrigen Wahlberechtigten hatten. Als bei den sachsen-meinungischen Landtagswahlen von 1885 die Wahlbeteiligung wieder einmal ernüchternd war, warf die Eisfelder Zeitung dies den Wahlberechtigten in einem Artikel vor und verwies sie auf die Vorzüge ihrer vermeintlichen Einflussmöglichkeiten. Die in der Bevölkerung verbreitete Haltung jedoch lautete: *Ach was, wozu soll man sich ereifern, warum soll man sich aufregen und es sich Zeit und Mühe kosten lassen, – es hilft ja doch nichts, ‚oben‘ machen sie doch, was sie wollen!* Eisfelder Zeitung vom 1.10.1885. Offenbar war die Bauernschläue eher in der Lage, das demokratische Defizit des politischen Systems des Kaiserreichs zu erfühlen, als es die Analysen der die Wahlkultur prägenden politischen Strategen vermochten, und ließen die Argumente der Letzteren zahlreiche Wahlberechtigte eher kalt.

39 DIAMOND, Narzissmus, S. 171–174.

40 SUSMAN, Culture as History, S. 271–284; CAIN, Still, S. 36–58. Über diesen Umbruch und die Reaktion der Zeitgenossen in Europa vgl. RADKAU, Das Zeitalter der Nervosität. Die von ihm ebd. auf S. 463 herausgearbeiteten drei Formen der Nervosität dürften eine Extraversion (N 1), eine Introversion (N 2) und eine Pseudoextraversion (N 3) darstellen.

41 STOLLBERG-RILINGER, Maria Theresia, S. 150–157.

42 KROLL, Führerkult, S. 547.

43 RADKAU, Max Weber, S. 739 f.

– und läuft damit Gefahr, ein Bild von der Vergangenheit zu entwerfen, das Fehlentwicklungen nicht mehr angemessen zu erkennen vermag. Schließlich gehören zur Extraversion nicht nur die Freude am Auftritt vor einem Publikum, sondern auch die Unfähigkeit zum langfristigen und reflektierenden Denken, die Kennzeichen einer Introversion sind. Eine umfassende (persönlichkeits-)psychologische Kritik ist hier zwar nötig – aber der fachüberschreitende Blick auf die Psychologie nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Was dagegen vorgenommen werden soll, ist ein Rückgriff auf die Erkenntnisse der politikwissenschaftlichen Wahlforschung in Bereichen, wo die Bedingungen kaiserzeitlicher Wahlen nicht zu sehr von denen rezenter Urnengänge abweichen. Daher wird in der vorliegenden Arbeit zunächst danach gefragt, welchen Effekt das politische System des Kaiserreichs und Schwarzburg-Rudolstadt gemäß den Erkenntnissen der politikwissenschaftlichen Wahlforschung auf die damaligen Urnengänge gehabt haben dürfte, wobei in diesem Zusammenhang auch einige gängige Theorien und Ansätze der Historischen Wahlforschung überprüft werden müssen. Als relevante Faktoren werden dabei in Kapitel 3 der Föderalismus, der Präsidentialismus und das Stichwahlverfahren angesehen; hinzu tritt als vierter, regional möglicherweise bedeutsamer Faktor die Kleinstaatlichkeit der schwarzburgischen Fürstentümer.

Hernach wird danach gefragt, inwieweit die Wahlfreiheit für die Wähler gegeben war und wie mit Wahlverstößen von den Einwohnern der schwarzburgischen Fürstentümer umgegangen wurde. Hierzu werden die Wahlprüfungsdebatten des Reichstags zu den schwarzburgischen Fürstentümern sowie die des schwarzburg-rudolstädtischen Landtags ausgewertet werden. Da die Protokollanten des Landesparlaments oft mehr Ergebnis- als mit Argumenten durchsetzte Wortprotokolle verfassten, werden zur Erweiterung der Quellenbasis für die Landtagswahlen zum einen auch die schwarzburg-rudolstädtischen Wahlprüfungen seit 1848 betrachtet werden, um zu sehen, ob sich bereits Traditionen herausgebildet hatten, die nach 1870 fortgeführt wurden. Zum anderen werden aufgrund der geographischen Nähe und der Ähnlichkeit des Wahlrechts⁴⁴ die Landtagswahlprüfungen von Reuß jüngerer Linie als Vergleichsobjekt in die Untersuchung einbezogen werden. Hinzutritt die Auswertung aktenmäßig festgehaltener, aber in den Parlamenten unerwählter staatlicher Einflussnahme auf Wahlkampf und Wahlakt. Um schließlich nicht den Fehler zu begehen, am Ende mit etwaigen „aktuellen normativen westlichen Standards“ einen falschen Blick zu erhalten, wird zudem einerseits beleuchtet werden, nach welchen Regeln heute Wahlprüfungen in Deutschland vorgenommen werden, an-

44 Die Bestellung des Landtags von Reuß jüngerer Linie unterschied sich nur in dem Punkt von dem Schwarzburg-Rudolstadt, als die Höchstbesteuerten in einem Mehrmännerwahlkreis statt vier nur drei Abgeordnete entsandten und das vierte Mandat automatisch dem Inhaber des Köstritzer Paragiats zufiel. Vgl. SEELA, Landtage Reuß, S. 53.

dererseits anhand des einmütigen Wählens gefragt werden, wie Wählerbeeinflussung und statistische Auffälligkeiten überhaupt zu bewerten sind.

Nachdem geklärt wurde, inwieweit die überlieferten Daten für eine Auswertung nutzbar sind, können in Kapitel 5 die Reichstagswahlen untersucht werden. Hierbei wird zunächst die Kandidatenauswahl betrachtet werden, um zu ergründen, welche Auswahlmöglichkeiten den Wahlberechtigten überhaupt zur Verfügung standen. Anschließend kann die Untersuchung der Wahlergebnisse erfolgen, was in Schwarzburg-Rudolstadt auf Grundlage der zwölf Landtagswahlkreise sowie der Hauptstadt Rudolstadt und in Schwarzburg-Sondershausen aufgrund von elf Studienwahlkreisen erfolgen wird.

Worauf in diesem Zusammenhang weitgehend verzichtet wurde, sind eine Darstellung des über die Kandidatennominierung hinausgehenden Verlaufs der Wahlkämpfe und der Parteiorganisationen. Nach reiflicher Überlegung fiel die Entscheidung, stattdessen einen allgemeinen Überblick über die Situation des Wahlkampfs zu Beginn und am Ende des Kaiserreiches in Thüringen zu verfassen. Drei Gründe waren hierfür ausschlaggebend:

Zum einen ist es fraglich, inwieweit aufgrund des Quellenmaterials überhaupt ein aussagekräftiges Bild gerade über die Reichstagswahlkämpfe gezeichnet werden kann. Schon die Frage, inwieweit relevante Aspekte überliefert wurden, muss tendenziell eher verneint werden, und die Gefahr, zufällig und punktuell überlieferte Informationen pars pro toto zu lesen, wäre bei nur zwei Wahlkreisen besonders groß. So wurde beispielsweise für den nationalliberalen Kandidaten Schwarzburg-Rudolstadts von 1898, Eduard Müller, ein Flugblatt veröffentlicht, in dem von Kaiserstreue, *Deutschlands Größe*, Schutz und Förderung der *nationalen[n] Arbeit* aller *productiven Stände* sowie *Verbessern der sozialen Gesetzgebung* und schließlich der Losung *Das Vaterland, nicht die Partei!*⁴⁵ die Rede ist. Neben diesen sich aus reichsweit organisierten Wahlkämpfen ergebenden Allgemeinplätzen kam Müller erst auf Nachfrage bei einer Wählerversammlung in Oberweißbach auf ein wahlkreisspezifisches Thema zu sprechen, indem er die Unterstützung der Olitätenhändler versprach.⁴⁶ Die Bedeutung dieser Zusage zeigt sich daran, dass noch vierzehn Jahre später ein nationalliberaler Bewerber seine Kandidatur wegen der Befürchtung zurückzog, man könnte diese Bevölke-

45 Landeszeitung vom 13.5.1898.

46 Landeszeitung vom 25.5.1898. Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges hatten Einwohner des nördlichen Thüringer Schiefergebirges begonnen, auf Wanderschaft zu gehen und ihre bislang nur für den Hausgebrauch hergestellten Arzneien (Olitäten) im Ausland feilzubieten. Im 19. Jahrhundert stiegen diese Olitätenhändler und Laboranten auch auf Alkohol-, Glas- und Porzellan- sowie Samenvertrieb um. Obwohl bereits im Niedergang begriffen, gab Berthold Sigismund die Zahl der in diesem Bereich Tätigen 1862 noch mit 433 meist im Landratsamtsbezirk Königsee ansässigen Personen an. Der Landratsamtsbezirk Königsee hatte damals 25.370 Einwohner. Vgl. SIGISMUND, *Landeskunde*, S. 40, 133 f.

rungsgruppe durch seinen Beruf als Wähler verlieren.⁴⁷ Wie häufig solche lokal wichtigen Zusagen gemacht wurden, ohne medialen Niederschlag gefunden zu haben, ist unklar.

Zum anderen würde eine organisationszentrierte Herangehensweise dazu verführen, Wahlvorgänge autoritär von einer Parteispitze aus zu betrachten; Peter Steinbach hat nicht ohne Grund darauf verwiesen, dass Politiker zwar „argumentative Strategien der Beeinflussung eines sich demokratisierenden politischen Massenmarktes“⁴⁸ entwickeln, die Demokratisierung also begleiten, sie aber nicht kontrollieren oder determinieren können. Für Thüringen gilt das in besonderem Maße. Wie vor allem in besagtem Überblick gezeigt werden wird, wurden auswärtige Politiker, selbst Linksliberale und Sozialdemokraten, gerade in der Frühphase des Kaiserreiches immer wieder von den Ansprüchen und der Aktivität der thüringischen Wahlkämpfer überrascht und auch überfordert, so dass sie sich zwar treiben, aber keinen wirklichen Anschluss finden konnten.⁴⁹ Diese Besonderheiten sind bezeichnenderweise weniger in den regionalen Zeitungen als vielmehr in den Berichten von und der Kommunikation mit Auswärtigen, denen die Unterschiede leichter auffielen, überliefert. Schon für Thüringen als Ganzes werden sie meist nur schlaglichtartig bekannt und lassen sich nicht auf einen Wahlkreis herunterbrechen.

Zum Dritten waren die Parteien nicht auf der Ebene der Einzelstaaten organisiert. So fand schon 1887 in Jena ein *nationalliberaler Parteitag für Thüringen*⁵⁰ statt. Auch wahlkreisübergreifende Abkommen hatten in der Regel alle thüringischen Einzelstaaten im Blick.⁵¹ Daher erscheint es sinnvoll, das Thema der Parteiorganisation in Thüringen einer eigenen Arbeit zu überlassen, welche sich auch speziell der Fragestellung widmen kann, wie in den einzelnen Parteien mit der Mehrstaatlichkeit dieses Raums umgegangen wurde.

Anders verhält es sich mit den schwarzburg-rudolstädtschen Landtagswahlen von 1871 bis 1917. Kapitel 6 beschäftigt sich mit der Thematik und den Charakteristika der einzelnen Wahlkämpfe, ehe in Kapitel 7 eine Auswertung der Landtagswahlen erfolgen kann, wobei erneut ein Rückgriff auf politikwissenschaftliche Arbeiten nötig wird. Deren schon oben erwähnter Forschungsstand unterscheidet sich erheblich von dem der Historischen Wahlforschung, da hier selbst jüngere Arbeiten wie die von Peter Steinbach zu Lippe⁵² und Andreas Gawatz zu Württemberg,⁵³ in begrenztem Maße auch Horst Nöckers Übersicht

47 Landeszeitung vom 6.5.1911.

48 STEINBACH, *Zähmung*, S. 6.

49 Schon Klaus Erich Pollmann verwies darauf, dass bei den Wahlen zum Konstituierenden Reichstag der intensivste Wahlkampf außerhalb Berlins im Wahlkreis Nordhausen stattgefunden zu haben scheint. Vgl. POLLMANN, *Norddeutscher Bund*, S. 120.

50 Landeszeitung vom 5.8.1887.

51 REIBEL, *Handbuch der Reichstagswahlen*, 2. Halbbd., S. 1379 f.

52 STEINBACH, *Politisierung*.

53 GAWATZ, *Wahlkämpfe in Württemberg*.

für Preußen⁵⁴ zwar Reichs- und Landtagswahlen einer bestimmten Region in den Blick nehmen, aber nicht nach Wechselwirkungen beim Stimmverhalten fragen. Ob es solche bereits im Kaiserreich gab, wird daher zunächst anhand mehrerer geeigneter Gliedstaaten zu untersuchen sein, ehe eine Beschäftigung mit Schwarzburg-Rudolstadt einschließlich des brisanten SPD-Erfolgs von 1911/12 erfolgen kann.

Abschließend wird in Kapitel 8 auf mögliche und tatsächliche Auswirkungen der mit diesem Wahlsieg verbundenen Landtagspräsidentenschaft Winters eingegangen. Hierbei bestehen in der Forschung zwei gegensätzliche Interpretationen, die im Grunde aber nur die damaligen Deutungskämpfe innerhalb der SPD fortsetzen: Während der eher der „revolutionären“ Lesart anhängende Heß das moderate Agieren der SPD-Landtagsfraktion auf einen drohenden Staatsstreich zurückführt und der Präsidentenschaft keine weitergehende Bedeutung zuweist, spricht Lengemann, die Argumente der „Reformisten“ unkritisch übernehmend, von einer „Normalisierung, und das mehr als zwei Jahre vor dem durch den Weltkrieg bedingten Burgfrieden“.⁵⁵ Anschluss an die bundesrepublikanische Kaiserreichsforschung finden diese Sichtweisen insoweit, als Heß' Lesart die Vorstellung von einer „permanente[n] Staatskrise“⁵⁶ des politischen Systems des Kaiserreichs unterstützt, wohingegen Lengemanns Vorstellungen eher der „stillen Parlamentarisierung“ Manfred Rauhs⁵⁷ entsprechen. Auf der anderen Seite verwies Dieter Marek darauf, es bedürfe „einer differenzierten Würdigung ideologisch-programmatischer Entwicklungen in der Rudolstädter Sozialdemokratie und ihres praktisch-politischen Agierens“, obgleich ihre Haltung als „reformistisch-gemäßigt“⁵⁸ bezeichnet werden könne. Letzteres führt zur einhelligen Bewertung der Wirkung der Landtagspräsidentenschaft: Diese habe die „reformistische“ Ausrichtung der Landes-SPD gefördert und diese sich daher während des Ersten Weltkriegs ausgesprochen linientreu zur Landesregierung verhalten; von der Novemberrevolution 1918 seien die Sozialdemokraten Schwarzburg-Rudolstadts regelrecht „überrascht“ worden. Allerdings soll das auf alle Sozialdemokraten Thüringens, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu

54 NÖCKER, Wählerentscheidung. Im Gegensatz zu Steinbach und Gawatz beschränkt sich Nöckers Arbeit auf das Wahljahr 1903 und ist fast ausschließlich als Tabellenwerk für weitere Forschungen gedacht.

55 LENGEMANN, Landtag Schwarzburg-Rudolstadt, S. 39.

56 WEHLER, Das Deutsche Kaiserreich, S. 69. Die von Wolfgang Mommsen diagnostizierte „Selbstblockierung“ wäre dann nur notdürftig übertüncht worden. Vgl. MOMMSEN, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, S. 413.

57 Manfred Rauh geht davon aus, dass sich die Gewichte in der deutschen Politik so weit in Richtung Reichsleitung und vor allem Reichstag verschoben und das Abhängigkeitsverhältnis zwischen den beiden Letzteren so weit entwickelt hätte, dass die Bedingungen zur Parlamentarisierung Deutschlands bereits vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs vorhanden gewesen seien. Vgl. RAUH, Föderalismus und Parlamentarismus, S. 347–352.

58 MAREK, Rotes Fürstentum, S. 25.

SPD oder USPD und ihrer Bedeutung im Landtag, mehr oder weniger zuge-
troffen haben.⁵⁹ Daher muss auch nach den Zielen der Sozialdemokraten sowie
ihren Handlungsspielräumen in den Landtagen gefragt werden. Zu diesem
Zweck wurden neben dem Landesparlament von Schwarzburg-Rudolstadt die
von Sachsen-Gotha und Sachsen-Meiningen in die Untersuchung einbezogen,
da es die SPD wenigstens bis zur Landesvizepräsidentschaft schafften.

An Quellen wurde neben Landtags- und Reichstagsprotokollen vornehmlich
auf die Akten des Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Rudolstadt zurückge-
griffen. Hinzu treten regionale Zeitungen, wobei der Fokus auf dem Fürstlich
Schwarzburg-Rudolstädtischen gnädigst privilegierten Wochenblatt, ab 1873
Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtische gnädigst privilegierte Zeitung Wochen-
blatt, ab 1878 Schwarzburg-Rudolstädtische Landeszeitung,⁶⁰ das Frankenhäuser
Intelligenzblatt, ab 1897 Frankenhäuser Zeitung, die Zeitung Der Deutsche –
Zeitung für Thüringen und den Harz sowie das Arnstädtsche Nachrichten- und
Intelligenz-Blatt liegt. Andere Zeitungen erwiesen sich aufgrund ihrer
Ausrichtung oder Überlieferung als weniger bedeutsam. So war die Rudolstädter
Zeitung – Tageblatt und Generalanzeiger für das Fürstentum Schwarzburg-Ru-
dolstadt und den Remdaer Kreis in einem für die damalige Zeit hohen Maße
um politische Neutralität bemüht, wurde deshalb aber von Politikern weniger
für Wahlkämpfe genutzt und enthält kaum Informationen, welche nicht auch in
der Schwarzburg-Rudolstädter Landeszeitung zu finden wären. Auf sozialde-
mokratischer Seite existierte in Schwarzburg-Rudolstadt ab den 1890er Jahren
zwar mit dem Thüringer Volksfreund eine eigene Zeitung, jedoch als eines un-
ter verschiedenen von Arthur Hofmanns im Bereich des Thüringer Schieferge-
birges und Sachsen-Meinings herausgegebenen Periodika. Das wichtigste von
Hofmann herausgegebene Medium war das Saalfelder Volksblatt, mit welchem
der Thüringer Volksfreund 1904 fusionierte und erst jetzt mehr als nur spora-
disch überliefert wurde. Noch schlechter ist es um die sozialdemokratische Be-
richterstattung über Schwarzburg-Sondershausen bestellt. Dieses Fürstentum
lag im Verbreitungsgebiet der Thüringer Tribüne, wurde aufgrund seiner gerin-
gen Bedeutung jedoch nur stiefmütterlich behandelt. Ab 1907 erschien eine ei-
gene, aber sehr schlecht überlieferte sozialdemokratische Zeitung namens Thü-
ringen für Sachsen-Weimar-Eisenach und Schwarzburg-Sondershausen.⁶¹

59 DERS./LENGEMANN, Stenographen, S. 39–43; HESS, Landtag Schwarzburg-Rudolstadt,
S. 94–97; HAHN, Von der Novemberrevolution, S. 13 f.

60 Als Kurztitel wurde bis 1877 „Wochenblatt“, ab 1878 „Landeszeitung“ gewählt.

61 HESS, Sozialistische Presse, Darstellung, S. 39–43, 48 f. Wie das Stadtarchiv Saalfeld mir
mitteilte, sind zudem die Jahrgänge 1905/06 des Saalfelder Volksblatts für eine Untersu-
chung zu schlecht überliefert. Da Hofmann den Namen seiner Zeitung häufig änderte
und in den verwendbaren Jahrgängen das Thüringer Volksblatt als Regionalteil des Saal-
felder Volksblatts benutzte, wird das Saalfelder/Thüringer Volksblatt im Kurztitel als
„Volksblatt“ behandelt.

2 Wahlkreiseinteilung

Obgleich die schwarzburgischen Fürstentümer zu den kleinsten Gliedstaaten des Deutschen Reiches zählten, wiesen sie eine besonders komplexe territoriale Struktur auf. Die wichtigste Unterteilung erfolgte in Ober- und Unterherrschaft. Erstere, vornehmlich auf der Nordabdachung des Thüringer Waldes und Thüringer Schiefergebirges gelegen, bildete im 19. Jahrhundert ein grobes Dreieck, welches sich vom nahe Erfurt gelegenen Arnstadt bis zum Rennsteig bei Neuhaus/Rennweg und von dort bis zur Saale bei Rudolstadt erstreckte und auch die um Leutenberg gelegene Exklave umfasste. Zur Unterherrschaft dagegen zählten mehrere nordthüringische Höhenzüge westlich und einschließlich des Kyffhäusers mit Sondershausen, Frankenhausen, Greußen und Schlotheim als Hauptorten.

Die staatliche Gliederung Schwarzburgs folgte jedoch nicht dieser Nord-Süd-, sondern einer groben West-Ost-Einteilung. Demnach umfasste Schwarzburg-Sondershausen mit 862 km² eher die westlichen Landesteile und hatte seinen geographischen Schwerpunkt in der Unterherrschaft, wohingegen von der Oberherrschaft nur 343 km² dem Fürstentum angehörten und weitgehend auf zwei Gebietskomplexe um Arnstadt und Gehren verteilt waren. In Schwarzburg-Rudolstadt lagen die Verhältnisse genau umgekehrt, wobei dieses Fürstentum fast ausschließlich Anteil an der Oberherrschaft hatte. Von seinen 941 km² befanden sich nur 206 km² in der Unterherrschaft, hauptsächlich Frankenhausen und dessen Nachbarorte sowie Schlotheim. In beiden Gliedstaaten lebten zum Ende des Kaiserreiches hin etwa 100.000 Personen,¹ wobei die Bevölkerungsverteilung aufgrund der dichteren Besiedlung der Oberherrschaft in Schwarzburg-Sondershausen vor dem Ersten Weltkrieg nicht der Flächenverteilung entsprach. So stellte der südliche Landesteil bei der Reichstagswahl von 1907 mit 9.843 die knappe Mehrheit der 19.039 Wahlberechtigten des Fürstentums. 3.615 Wahlberechtigte lebten allein in Arnstadt, was fast ein Fünftel aller möglichen Wähler Schwarzburg-Sondershausens ausmachte, in der Hauptstadt als größtem Ort der Unterherrschaft dagegen nur 1.300.² In Schwarzburg-Rudolstadt entsprach das Verhältnis der Wahlberechtigten hingegen weitgehend den Flächenanteilen: Von den 21.284 Wahlberechtigten bei der Reichstagswahl 1907 lebten 4.326 oder etwa ein Fünftel in der Unterherrschaft. Der Ort mit den meisten Wahlberechtigten war Rudolstadt mit 2.655, gefolgt von Frankenhausen mit 1.369.³

1 Genauer rund 101.000 in Schwarzburg-Rudolstadt und 92.700 in Schwarzburg-Sondershausen. Vgl. HAHNEMANN, Haus Schwarzburg, S. 8 und innere hintere Umschlagseite.

2 LATH – StA Rudolstadt, Gendarmerie Sondershausen Nr. 6, unpag.